

Die Rolle des Nationalökonomen als politischer Berater und die Werturteilsproblematik¹⁾

Moon Shin Hong*

“... mit Galilei und Newton errang die Physik ganz unerwartete Erfolge und übertraf alle andere Wissenschaften. ... Die Sozialwissenschaften aber haben, wie es scheint, ihren Galilei noch immer nicht gefunden.”

(K. R. Popper, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1969, S. 1)

I. Einführung

- 1) In neuerer Zeit wird immer dringlicher darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der modernen pluralistischen Gesellschaft Probleme aufwerfe, deren Lösung nicht allein politischen Instanzen überlassen bleiben dürfe; vielmehr seien gerade die Sozialwissenschaften dazu aufgerufen, diesem Entwicklungsprozeß nicht tatellos zuzusehen, sondern ihn aktiv mitzugestalten. Die Wissenschaft von heute sei nicht mehr die von vor 30 Jahren, sie erhalte ihre Fragestellung immer mehr aus der Politik, nicht mehr nur aus ihrer eigenen Seinserkenntnis. Das ergebe sich u.a. daraus, daß die Politiker sich immer mehr vor Fragen und Entscheidungen gestellt sähen, die sie ohne wissenschaftliche Durchdringung der Probleme nicht mehr lösen könnten. Dieser Entwicklung müsse auf dem Gebiet der angewandten Sozialwissenschaften in zunehmendem Maße Rechnung getragen werden; deshalb müßten die Wissenschaftler auch an der Bewältigung dringender politischer Probleme mitwirken.
- 2) Das hat innerhalb der Sozialwissenschaften zu einer erneuten Diskussion um die Werturteilsfreiheit geführt. Dabei geht es zum einen um die Frage, ob sozialwissenschaftliche Aussagen überhaupt logisch wertfrei sein können, oder ob sie stets mit logischer Notwendigkeit wertbezogen sein

* Instructor, College of Commerce, Seoul National University & Visiting Fellow, Korea Development Institute (KDI).

1) Im großen und ganzen ist diese Problematik für die sonstigen sozialwissenschaften gemeinsam,

müssen. Diese Frage soll in der vorliegenden Arbeit einmal zurückgestellt werden, da die neuere Diskussion gezeigt hat, daß zumindest eine logische Notwendigkeit, Werturteile bereits in die wissenschaftliche Untersuchung einzuführen, nicht begründet werden kann. Auch G. Weisser schließt die Möglichkeit nicht aus, die Diskussion auf den deskriptiven Gehalt von Aussagen zu beschränken. Wir wollen hier also einmal unterstellen, daß eine wertfreie Wirtschaftswissenschaft, deren Ziel Erklärung und Prognose wirtschaftlicher Zusammenhänge auf theoretischer Grundlage ist, grundsätzlich möglich sei. Wir wollen uns hier beschränken auf die weitere Frage, ob eine wenigstens teilweise Normativierung der Nationalökonomie aus Gründen ihrer praktischen Verwendung notwendig wird, ob also das Wertfreiheitspostulat eingeschränkt werden muß, falls der Wissenschaftler dem Politiker Ratschläge und Empfehlungen gibt.

- 3) Über die Möglichkeiten, die dem Wissenschaftler bei der Beratung des Politikers offenstehen sowie über die Grenzen, die ihm bei dieser Aufgabe gesetzt sind, herrschen unterschiedliche Auffassungen, die weitgehend von den Motiven oder der jeweiligen Weltorientierung der Forscher bestimmt werden.

II. Die Fiktion der unbegrenzten Möglichkeiten der Wissenschaften im Modell H. Schelskys

- 4) Die Rolle des Wissenschaftlers als politischer Berater sei zunächst am „technokratischen Modell“ Schelskys gezeigt, wo Wissenschaft und Politik die engstmögliche Beziehung eingehen, wo die Politik sich quasi zur Wissenschaft hin entwickelt und im Idealfall mit ihr verschmilzt, so daß alles Normative seine Bedeutung unter dem „Zwang der Sachgesetzhkeiten“ verliert. Hier wird der Spielraum politischer Entscheidungen immer enger, je besser die wissenschaftlichen Kenntnisse ausgebildet sind. Im Optimalfall gibt es überhaupt nur einen besten Weg, um die höchste Wirksamkeit der dem Staat verfügbaren Mittel zu erreichen; daher brauchen Entscheidungen nur nach rein technischen Prinzipien getroffen zu werden, jede normative Willensbildung wird überflüssig. Der Wissenschaft bleibt nur die Aufgabe, ihre Kenntnisse von den Sachgesetzen zu vervollkommen, um den Ablauf der Geschehnisse optimal steuern zu können. Nach H. Schelsky würde sich die Werturteilsfrage hier also vollkommen verflüchtigen, sie würde folglich keine Probleme bei der wissenschaftlichen Beratung der Politik mehr aufwerfen können.
- 5) Die Tatsache, daß unser Wissen heute bei weitem noch nicht ausreicht, alle wirtschaftlichen Tatbestände und Zusammenhänge vollkommen zu überblicken und ein vollständiges „Sachgerüst“ herauszuarbeiten, daß

vielmehr die Gutachten der Wissenschaftler in bestimmten Fragen höchst unterschiedlich ausfallen, schließt die Realisierbarkeit dieses Modells logisch noch keinesfalls aus: es wäre ja durchaus denkbar, daß irgendwann einmal umfassendere Kenntnisse der Wirklichkeit dazu verhelfen könnten, daß über die gleiche Sachlage auch verschiedene Fachleute zu derselben Lösung kämen. Problematisch ist an dieser Auffassung nur die Idee der Unausweichlichkeit zukünftiger Menschheitsentwicklung, die Vorstellung, die Entwicklung müsse in einer ganz bestimmten Richtung verlaufen, wobei die einzige Schwierigkeit die sei, die Richtung zu erkennen, um sie optimal einzuhalten. Die gesellschaftliche Dynamik läßt die Unterstellung fragwürdig erscheinen, es gebe nur ein einziges mögliches Ziel, auf das sich die Menschheit hin entwickeln könne. Das Wollen und Handeln der Menschen wird nun einmal nicht nur von Sach- und Zweckmäßigkeitserwägungen geleitet, das Irrationale wird wohl stets ein Faktor menschlichen Wesens bleiben.

- 6) Aber selbst wenn diese technokratische Lösung mögliche wäre, so bliebe immer noch zu entscheiden, ob das, was mit wissenschaftlichen und technischen Mitteln erreichbar ist, auch tatsächlich angestrebt werden soll. Die logische Trennung zwischen Wert- und Sachproblematik würde zwar weitgehend aufgehoben oder besser: beiseite geschoben, sie wäre aber letztlich doch nicht ganz zu umgehen. Damit aber wird das rein technologische Modell zu einer Fiktion.

III. Die Bedeutung der Trennung von Wissenschaft und Politik für die wissenschaftliche Beratung

- 7) Ein anderer Ansatz wissenschaftlicher Beratung geht von der (zumindest vorläufig gültigen) Annahme aus, daß die Möglichkeiten der empirischen Wissenschaft begrenzt sind, weil politisches Handeln ethische Grundentscheidungen, Werturteile und Stellungnahmen erfordert, für die eine wissenschaftliche Begründung nicht möglich ist.²⁾ Die möglichen Konsequenzen, die aus dieser Situation in Bezug auf die wissenschaftliche Beratung zu ziehen sind, sind gegenwärtig Gegenstand intensiver Diskussion, in deren Verlauf sich gezeigt hat, daß hinsichtlich der logischen Möglichkeit rein informativer, werturteilsfreier Sachaussagen eine gewisse Annäherung der Standpunkte stattgefunden hat (sieht man einmal von G. Myrdal ab). Kontrovers sind jedoch die Auffassungen weiterhin darü-

2) Auf den in der neueren Diskussion nicht mehr vertretenen ontologischen Wertplatonismus, der den Werturteilen Erkenntnischarakter beimißt und sie ontologisch begründet, soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.

ber, ob der Wissenschaftler den Politiker zu wirtschaftspolitischen Handlungen auffordern soll, ob er gar ein regelrechtes gesellschaftliches System ableiten soll, von dem aus er seine Ratschläge aktiv gestaltend erteilt, oder ob er mehr kontemplativ-kritisch vorgehen soll, sich also der Entscheidung unmittelbarer praktischer Fragen enthalten soll.

Wissenschaftliche Beratung als Engagement: G. Weissers Ableitung eines umfassenden Beratungssystems aus obersten Normen

- 8) Zu den Forschern, die ganz entschieden für eine aktive Teilnahme an der Gestaltung der Gesellschaft, für eine engagierte Sozialwissenschaft, welche politischen Entscheidungen nicht ausweicht, eintreten, gehört vor allen G. Weisser. Glaubte er früher noch, ausgehend von Leonard Nelsons Forschungen auf dem Gebiet erkenntnistheoretischer Ethik, die Gültigkeit letzter Werturteile auf ein allgemeingültiges „wahres Interesse“ einer als „vollkommen gebildet“ angenommenen Person zurückführen zu können, so hat er diesen Versuch unter dem Einfluß der Kritik inzwischen aufgegeben. G. Weisser glaubt heute, „die Frage der Begründbarkeit ethischer Urteile beim Aufbau wissenschaftlicher Systeme aus der Untersuchung“ eliminieren zu können, „indem er die ethischen Grundentscheidungen bekenntnismäßig in das System einführt und damit die Frage der Allgemeinverbindlichkeit und absoluten Gültigkeit innerhalb der Wirtschaftswissenschaften ungeklärt läßt“.³⁾ Dieses Herausnehmen der Frage der Begründbarkeit von Werturteilen aus dem Bereich der Sozialwissenschaften in den Metabereich hat den Sinn, die Sozialwissenschaften von diesem Problem zu befreien. Die Methode Weissers, Grundanliegen, zu denen er sich bekennt, dann doch wieder in die Sozialwissenschaften einzuführen, könnte also nur dann sinnvoll sein, wenn die Frage der Begründbarkeit im Metabereich gelöst wäre—das aber bestreitet er ja selber. So will er zwar auf die Begründbarkeit verzichten, hebt diesen Verzicht aber dadurch gleich wieder auf, daß er die unbegründeten „gesinnungsmäßigen Prämissen“ als Axiome in sein System aus Empfehlungen und Warnungen einführt. Mit anderen Worten: G. Weisser versucht, die wirtschaftspolitischen Aussagen durch außerökonomische Grundentscheidungen abzusichern; das aber ist fragwürdig, solange die Grundentscheidungen selbst ungesichert sind und sich nur auf ein Bekenntnis stützen können, dessen Grundlage wiederum wissenschaftlich nicht näher zu begründen ist.
- 9) K. Lompe, der sich mit der Frage, ob man das Weisser'sche System als „normativ“ bezeichnen kann, eingehend beschäftigt, weist darauf hin, daß

3) T. Thieme, Die Überwindung des wohlfahrtökonomischen Formalismus bei G. Weisser, in: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung, Festschrift Weisser, Berlin 1963, S. 143.

G. Weisser beim Aufbau seines Systems der Gesellschaftspolitik aus Empfehlungen und Warnungen keine „Rechtfertigung beabsichtigt...oder daß für die ‚normativen Aussagen‘ ein höheres Maß an Objektivität und Allgemeingültigkeit bzw. ein besonderes Maß an Würde beansprucht“, dem Vorwurf, normativ im Sinne der Albert'schen Diktion zu sein, also nicht ausgesetzt sei. G. Weisser spreche daher heute von „praktischer Sozialwissenschaft“. Ohne einen Streit um bloße Worte vom Zaun brechen zu wollen, läßt sich aber doch wohl mit Recht behaupten, daß Weissers „Disziplin, in der u. a. auch Stellungnahmen zum Inhalt sozialwissenschaftlicher Aussagen gemacht werden und deren Resultate Empfehlungen zum Handeln sein sollen“, ⁴⁾ normativ in dem Sinne ist, daß unter Zugrundelegung von Normen ein sozialwissenschaftliches System aufgestellt wird, aus dem ganz bestimmte Handlungsaufforderungen abgeleitet werden. Noch deutlicher kommt das in folgendem Satz zum Ausdruck: „Die fundamentalen Wertaxiome mit Entscheidungscharakter einer ‚praktischen‘ Sozialwissenschaft sollen im Gegensatz zu den nomologischen Hypothesen empirischer Sozialwissenschaft primär nicht informieren, sondern Verhalten regulieren“. Schon der Untertitel zu Lompes Buch ⁵⁾ bringt zum Ausdruck, daß die Wissenschaft bekenntnishaft eingeführte Normen anwenden will, nicht aber eine (wertfreie) Wissenschaft im Hinblick auf hypothetische Grundwerte angewandt wird.

- 10) Nun schließen K. Lompe und G. Weisser nicht grundsätzlich aus, „daß die den Empfehlungen zugrundegelegten, expliziten Zielfaktoren in die Diskussion der Grundkozeption mit einbezogen, akzeptiert oder abgelehnt werden“ können. Dabei will K. Lompe die Prinzipien mit Entscheidungscharakter dem Risiko des Scheiterns aussetzen, wobei er im Anschluß an Hare Analogien zwischen der kritischen Methode empirischer Wissenschaft im Sinne K.R. Poppers und der Annahme bzw. Ablehnung fundamentaler moralischer Prinzipien aufzeigen zu können glaubt. Wie fragwürdig dieser Versuch jedoch ist, bringt K. Lompe selbst (wenn auch ungewollt) zum Ausdruck, wenn er sagt, daß die Möglichkeit der experimentellen Problematisierung nomologischer Hypothesen nicht unmittelbar auch für die „praktischen“ Prämissen gegeben sei. Ein Verwerfen der fundamentalen präskriptiven Prinzipien läßt sich nicht unmittelbar durch Falsifikation erreichen, sondern nur auf dem Umweg über die Folgen: ein „Prinzip kann verworfen werden, wenn sich eine seiner Teilfolgen als unannehmbar erweist“. ⁶⁾ So wie man auf einer Theorie so lange beharre,

4) K. Lompe, *Wissenschaftliche Beratung der politik*, Göttingen 1966, S.23.

5) Das obenangeführte Buch K. Lompes.

6) K.Lompe, a.a. O., S. 182

bis sie experimentell durch widersprüchliche Fakten diskriminiert sei, so könne man ein moralisches Prinzip, einen Katalog von rangmäßig geordneten Zielen so lange als ‚bewährte‘ Behauptungen setzen, bis man herausfinde, daß sie unannehmbare Folgen nach sich zögen. Hier besteht die Gefahr der Immunisierung der Prinzipien gegen die Tatsachen. Es ist nämlich vorstellbar, daß ein Forscher, der sein ganzes System auf ein moralisches Prinzip stützt und es auch davon ableitet, dieses Prinzip auch dann nicht aufgeben wird, wenn sein System eine Teilfolge nach sich zieht, die für einen anderen unannehmbar ist. Die Analogie zum Revidierbarkeitskriterium der empirischen Wissenschaften ist hier also nicht gegeben, weil die Teststellung, eine Teilfolge sei für jemand anderen unannehmbar, nicht beweist, daß die zugrunde liegende Norm „falsch“ ist, sondern nur, daß der andere offensichtlich von einer anderen Norm ausgeht; eine Revision der Norm (falls sie überhaupt erreicht werden könnte) würde jedenfalls nicht nach dem Kriterium der Wahrheit durchgeführt.

- 11) An andere Stelle bringt dann auch K. Lompe indirekt zum Ausdruck, daß der Bewährungsgrad der „praktischen“ Prämissen nicht von der kritischen Überprüfung anhand der Realität abhängt, sondern „entscheidend vor allem von einer sorgfältigen, dem methodologischen Postulat hinreichender Selbstbesinnung genügenden Interpretation des Gewollten.⁷⁾ Ein solches Verfahren führt aber nicht zu größerer Erkenntnis über die Wirklichkeit, sondern höchstens zu einer genaueren Kenntnis dessen, was der einzelne will, was aber wiederum für die Kenntnis des Seienden irrelevant ist. Ein weiterer Kritikpunkt an der Konzeption G. Weissers und der Interpretation K. Lompes ergibt sich aus der Forderung, das Ziel wissenschaftlicher Arbeit im „maximalen“ Beratungserfolg zu sehen, nicht aber in der Vermehrung nomologischen Wissens. Es wird unterstellt, wissenschaftliche Beratung verlange hinsichtlich des Präzisionsgrades der Sozialwissenschaften notwendig Kompromisse,⁸⁾ weil eine Wissenschaft, deren dominierendes Forschungsziel sich auf die Vermehrung von bewährten Kenntnissen empirischer Regelmäßigkeiten der sozialen Wirklichkeit, auf einen Forschungs- oder Erkenntnisfortschritt nach fest umrissenen Regeln richte, oft zu einer Tabuierung heikler Probleme führe und die wissenschaftliche Arbeit für die Gesellschaftspolitik steril mache.⁹⁾ Wissenschaftliche Strenge wird gleichgesetzt mit Desinteresse an drängenden

7) K. Lompe, a.a. O., S. 183.

8) K. Lompe, a.a.O., S. 78.

9) Vgl. K. Lompe, a.a.O., S. 85.

politischen Fragen, Suche nach Wahrheit mit bloß „kontemplativer Neugier“. Allein der Forscher, der sich der unmittelbaren Lösung drängender Fragen der lebenden Generation verschrieben habe, könne neue Ideen verwirklichen und dem Politiker als Berater von tatsächlichem Nutzen sein. Die Beratung in praktischen Fragen soll dabei aber nicht nur auf Wertungen im Basisbereich fußen, sondern Stellungnahmen auch zum Inhalt sozialwissenschaftlicher Aussagen machen. Zwar sind „Stellungnahmen“ eines wissenschaftlichen Beraters an und für sich noch nicht problematisch, wenn sie durch Erfahrung hinreichend gesichert sind. Hier aber handelt es sich um Wertungen, um Handlungsaufforderungen, die sich auf ungesicherte Vermutungen stützen; diese werden zwar auch als „Wissen“ bezeichnet, in Wirklichkeit handelt es sich aber bloß um „innere Gewißheit, die sich nicht in der Weise der Wissenschaft auf andere übertragen läßt“.¹⁰⁾ Während also von der „strengen“ Wissenschaft alles „Wissen“, das nur auf Meinungen, Schätzungen und Vermutungen basiert, aus dem Bereich der Wissenschaft eliminiert wird, wird man bei der sozialwissenschaftlichen Beratung die unzureichende Erfahrung nach K. Lompes Meinung sehr oft durch eben diese Meinungen, Schätzungen usw. ergänzen müssen. Damit aber ist einmal die Gefahr verbunden, daß immer dann, wenn man eine empirische Antwort auf eine politische Frage nicht findet, auf Vermutungen bzw. Werturteile zurückgegriffen wird; damit scheint diese Frage dann für den unbefangenen Beobachter als wissenschaftlich schlüssig beantwortet und weiterer Untersuchung nicht mehr bedürftig. Zum zweiten ist der Berater der Versuchung ausgesetzt, empirische Widerlegungen seiner Aussagen nicht als hinreichenden Grund zu deren Revidierung gelten zu lassen, weil er sich stets darauf berufen kann, sie seien zumindest praktikabel, und er habe die innere Gewißheit, daß seine Theorie der Erreichung des erklärten Zieles förderlich sei.

- 12) Der Wissenschaftler, dessen primäres Anliegen es ist, die Gesellschaft nach seinen weltanschaulichen Vorstellungen, nach einem umfangreichen System zu gestalten, neigt prinzipiell dazu, die Grenzen des wissenschaftlich Möglichen zu übersehen. Der Vorwurf gegen die Vertreter der „positivistischen“ Wissenschaft, ihre Beschränkung auf punktuelle Beratung, auf begrenzte Zielsetzungen rühre aus einer liberalen laissez-faire-Einstellung her ist bezeichnend für die Unterschätzung der Schwierigkeiten, die mit der Aufstellung eines umfassenden Systems, welches kritischer Überprüfung offenstehen soll, verbunden sind. Die Beschränkung wissenschaftlicher Beratung auf einzelne Teilbereiche der komplexen Wirklichkeit entspricht

10) K. Lompe, a.a. O., S. 90.

nicht etwa wissenschaftlicher Borniertheit, sie ist vielmehr ein Zeichen wissenschaftlicher Aufrichtigkeit und Bescheidenheit; sie ist eine Notwendigkeit, solange die Erforschung des sozialwissenschaftlichen Bereichs noch nicht weiter fortgeschritten ist, solange noch kein besseres Instrumentarium und keine umfassenderen Kenntnisse erarbeitet worden sind. Ein „umfassendes“ System ist ja noch nicht richtig (oder sinnvoll, rational). An der Tatsache, daß unser Wissen von den sozialwissenschaftlichen Phänomenen und Zusammenhängen heute noch begrenzt ist und erst noch große Forschungsarbeiten zu leisten sind, ändert sich auch dadurch nichts, daß man Werturteile und Anliegen in die Untersuchung einbießen läßt, um die Lücken, die die Forschung noch offenläßt, zu füllen. Wenn es soziale Probleme gibt, die nach einer Lösung „schreien“,¹¹⁾ für die aber noch keine wissenschaftliche Lösung erarbeitet werden konnte, dann ist es einfach nicht möglich, einen wissenschaftlichen Rat zu erteilen, so bedauerlich das im einzelnen Fall auch sein mag. Dazu sollte sich der Wissenschaftler bekennen, zuzugestehen, daß er mit wissenschaftlichen Mitteln nicht helfen kann.¹²⁾

Niemand leugnet, daß es letzte Werte gibt, die einen Forscher ebenso wie einen Politiker leiten können; sie sind aber zu unterscheiden von Meinungen (die sich meist noch als handfeste Interessen erweisen). Der Wissenschaftler kann die Politiker warnen und ermahnen, bei unvermeidlichen politischen Entscheidungen „letzte Werte“ nicht zu verletzen; führt er aber an den Stellen, an denen die Theorie noch Lücken aufweist, jeweils die von ihm vertretenen Interessen, Grundentscheidungen etc. in die Analyse und Beratung ein, so ist das Ergebnis keine wissenschaftliche, sondern allenfalls eine interessenbezogene, weltanschauliche, ideologische—oder wie immer man sie bezeichnen soll—Beratung in wissenschaftlichem Gewande.

- 13) Gegen K.R. Poppers Konzept des „piecemeal social engineering“, der Aufspürung und Bekämpfung der dringlichsten sozialen Übel, erhebt K. Lompe den Vorwurf, diese „Socialtechniken der Einzelfälle, die hier und da soziale Übel beseitigen“, seien „prinzipiell systemindifferent“ und daher moralisch verwerflich, weil sie geeignet seien, auch solche „Systeme, die von K. R. Popper aus moralischen Gründen abgelehnt werden, zu erhalten und zu stärken“.¹³⁾ Dazu ist zu sagen, daß derselbe Vorwurf

11) Siehe K. Lompe, a.a. O., S. 87

12) Auch die Medizin muß heute noch auf manche Gebieten kapitulieren, man denke nur an die Krebserforschung; ein Bekenntnis zu ihren ethischen Grundwerten ist für diese Fragen irrelevant.

13) K. Lompe, a.a.O., S. 66.

dann auch die Naturwissenschaften, die technischen und medizinischen Disziplinen trifft. Auch der Mediziner muß gewissenhaft abwägen, ob er sich in ein bestimmtes System einspannen lassen soll—das ist aber ein allgemeines moralisches Prinzip, welches nicht auf die Sozialwissenschaften beschränkt ist, denn grundsätzlich läßt sich Medizin trotz dieser moralischen Entscheidungspflicht in jedem System als Wissenschaft betreiben.

- 14) Des weiteren kritisiert K. Lompe die Möglichkeit des „piecemeal engineering“, das Aufspüren von sozialen Übeln zur wissenschaftlichen Basis der Politik zu machen, von Übeln, für deren Beseitigung es in demokratischen Gesellschaften keine übergroßen Schwierigkeiten mache, einen weitgehenden Wertkonsensus herbeizuführen. Diese Empfehlung komme „der klassisch liberalen Formel von der natürlichen Harmonie der Interessen nahe. Das praktische Korrelat zu dieser empfohlenen Art der Sozialtechnik der Einzelfälle (sei) dann oft eine opportunistisch pragmatische Politik, bei der die repräsentative Demokratie mit der Tyrannis der Mehrheit verwechselt, die Auseinandersetzung im Grundsätzlichen gemieden, der Prozeß der Entpolitisierung aktiviert und die Tabuierung heikler Probleme zum Programm“ (werde).¹⁴⁾ Im Inschluß an C. W. Mills wird K.R. Poppers Konzeption u.a. bezeichnet als Konformismus, Flickschusterei und Fatalismus, der dazu neige, sich mit den gesellschaftlich-politischen Gegebenheiten abzufinden. Um diesen Gefahren zu entgehen, wird von dem wissenschaftlichen Berater verlangt, sich offen für ein Programm, ein System von Grundanliegen und inneren Bindungen zu entscheiden.
- 15) Der Vorwurf der „Tyrannis der Mehrheit“ ist aber nicht verständlich, wenn man sich vor Augen führt, daß die Demokratie wohl die einzige Regierungsform darstellt, die einen gesellschaftlich-sozialen Wandel gestattet und gleichzeitig das Individuum so wenig bevormundet wie möglich. Im übrigen gewährleistet die freiheitlich-demokratische Diskussion individueller Bedürfnisse besser als jede „paternalistische“ Entscheidung eine Auseinandersetzung im Grundsätzlichen.
- 16) Der „Gefahr“, sich mit gewissen gesellschaftlich-politischen Gegebenheiten abfinden zu müssen, kann auch G. Weisser nicht entgehen. Das wird deutlich, wenn K. Lompe von den Schwierigkeiten spricht, „einen vollständigen Katalog sämtlicher relevanter Zielfaktoren aufzustellen und eine präzise Gewichtung der teilweise miteinander in Spannung stehenden praktischen Axiome zu erreichen“. Diese Schwierigkeit soll nämlich dadurch

14) K. Lompe. a.a.O., S. 66.

beseitigt werden, daß man sich auf diejenigen Ziele beschränkt, „die von den meisten politischen Kräften bejaht werden“.¹⁵⁾ K. Lompe sieht also selbst, daß ein gewisser Konsensus nötig ist; dieser wird aber in Bezug auf „Großprogramme“ nicht so leicht herzustellen sein wie auf begrenzte Schritte. Gerade das Durchfechten irgendwelcher utopischer Gesellschaftsmodelle ohne den „Test der Realität“ und ohne Konsensus ist undemokratisch, es führt zu einer Tyrannis derjenigen, die an diese Utopie glauben über alle anderen, die andere Ideale haben.¹⁶⁾

- 17) Die Individuen wissen am besten, was ihnen fehlt und was sie wünschen. Auch wenn ein Gesamtplan, ein System erstellt werden würde, welches die Ideen eines Forschers verwirklicht, würde es noch Unzufriedenheit geben; die Interessen Andersdenkender würden in dem Plan nicht berücksichtigt werden. Dann ist es doch demokratischer, den Gang der Ereignisse durch die wirklich aktuellen Probleme antreiben zu lassen, und zwar nicht hin zur Utopie, sondern fort von einem sozialen Übelstand. Es ist sicher nicht alles in Ordnung in der sozialen Welt,¹⁷⁾ aber es ist sicher „in Ordnung“, daß einzelne soziale Übel nicht erst durch eine radikale Umgestaltung des ganzen sozialen Gefüges beseitigt werden können, (was neue Übel schaffen könnte), sondern daß das demokratische System es den Benachteiligten erlaubt, ihre Probleme zu formulieren, zu artikulieren und politisch wirksam werden, d.h. einer Lösung näher kommen zu lassen.
- 18) Es ist nicht von vorneherein selbstverständlich, daß ein freiheitliches, offenes System einem paternalistischen, auf subjektiven Normen beruhenden Gesamtplan unterlegen wäre. In dem „offenen“ System können akute Probleme immerhin mit wissenschaftlich erarbeiteten und weitgehend erprobten Mitteln gelöst werden, wobei Einzel- oder Gruppeninteressen zur Geltung kommen können, ohne daß dabei andere, oft ebenso berechnigte Interessen vernachlässigt oder gar unterdrückt werden müßten. Ein utopischer Gesamtplan, der auf eine „erstrebenswerte Gestalt des sozialen Lebens“ ausgerichtet ist, wobei das „Begehrtenwerte“ nach „patriarchalistischen“ Grundsätzen festgelegt wird,¹⁸⁾ erscheint dagegen problematisch. Hier werden Einzel- oder Gruppeninteressen, die ebenso wie beim offenen System wissenschaftlich nicht ableitbar sind, verabsolutiert; ihnen soll die Gesellschaft primär angeglichen werden (und zwar mit

15) K. Lompe, a.a. O., S. 187.

16) Auch die Problematik und die Interpretationsunterschiede des Terminus „Utopie“ kann hier nicht näher eingegangen werden.

17) Vgl. K. Lompe, a.a.O., S. 67.

18) Vgl. T. Thiemeyer, a.a. O., S. 148.

„sozialpädagogischen Mitteln“), was auf eine Bevormundung derer hinauslief, die andere, dem Plan nicht entsprechende Interessen, Werte u.a. vertreten.

- 19) Der Wissenschaftler, der in erster Linie sein auf Grund „innerer Gewißheit“ postuliertes System verwirklichen will, wird immer dann, wenn politische Einzelentscheidungen zur Debatte stehen, dieses System vor Augen haben und dementsprechende Schritte vorschlagen; dabei bleiben aber andere, vom Politiker möglicherweise ebenfalls zu berücksichtigende Interessen anders gesinnter Wähler unberücksichtigt. Wollte sich ein Politiker wissenschaftlich (im Sinne von Weisser) beraten lassen, so müßte er also für jedes vorkommende Interesse einen Berater (der gerade dieses Interesse zu seinem eigenen gemacht hat) hinzuziehen. Jeder dieser Ratgeber würde aber nie sagen können, welches Ziel nun nach wissenschaftlichen Kriterien erstrebenswert ist, sondern nur, auf welche Weise der Politiker das von ihm, dem Wissenschaftler, vertretene Ziel erreichen soll. Nun sollte man annehmen, daß dem Politiker die Interessen der Wähler ohnehin bekannt sind. Ihm ist sicher besser geholfen, wenn ein (werturteilsfreier) Wissenschaftler „mit Hilfe fortschreitender empirischer Funktionseinsichten... Schritt für Schritt zu einer Verwissenschaftlichung (d.h. rationalen Erklärung und Prognose) politischer Einzelhandlungen“ gelangt.¹⁹⁾ Nur dann nämlich kann der Politiker hoffen, zur Erreichung der Ziele, die er zu verfolgen beabsichtigt, einen rational begründeten Weg gewiesen zu bekommen. Ist das in Frage stehende Problem aber wissenschaftlich noch nicht zu lösen, dann kann auch der „utopische“ Wissenschaftler dem Politiker nicht mehr raten, als dieser ohnehin schon weiß.

Wissenschaftliche Beratung auf Grund hypothetischer Zielvorstellungen

- 20) Eine weitere Methode wissenschaftlicher Beratung der Politik beruht auf der hypothetischen Einführung von Normen, Wertvorstellungen und obersten Zielen. Dabei wird aber im Gegensatz zu G. Weisser ein Normensystem nicht zur Grundlage eines geschlossenen Beratungssystems aufgestellt; vielmehr wird die Ansicht vertreten, der Wissenschaftler könne ohne Zuhilfenahme jedes Werturteils Mittel und Leitsätze zur Zielerreichung aufzeigen, unter der Voraussetzung, daß die Ziele gegeben seien. Das Problem des Normativen tauche erst dann auf, wenn der Nationalökonom als gestaltungswillige Persönlichkeit einen Beitrag zur Lösung von Gegenwartsproblemen leisten wolle; dann nämlich müsse er eine Auswahl

19) K. Lompe, a.a. O., S. 67.

unter den möglichen Zielen treffen und ein Bekenntnis ablegen.²⁰⁾

- 21) Während also G. Weisser zuerst Werte, zu denen er sich bekennt, als Axiome aufstellt und in Bezug auf diese Werte forscht, werden hier Werturteile zunächst unberücksichtigt gelassen; es wird zunächst empirisch-wertfrei geforscht, um die Sachaussagen der Diskussion offen zu halten. Daraus ergeben sich für den Politiker bereits Hilfen in Form von Entscheidungsalternativen. Erst nach Abschluß der eigentlichen wissenschaftlichen Arbeit werden die Sachaussagen mit Grundannahmen und Werten verknüpft, aber auch nur dann, wenn der Wissenschaftler persönlich daran interessiert ist, daß eine Entscheidung in seinem Sinne getroffen wird. Vollkommen ohne „Wertung“ wird ein Ratschlag wohl dann nicht gegeben werden können, wenn mehrere gleichzeitig erstrebte Ziele (z. B. Wachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und Zahlungsbilanzgleichgewicht) kollidieren, denn in diesem Fall ist eine Gewichtung der konkurrierenden Ziele erforderlich.²¹⁾ Nimmt der Wissenschaftler diese Gewichtung nicht vor, so wird sein Rat sehr unverbindlich (man könnte fast sagen „wertlos“) bleiben müssen und dem Politiker wenig helfen können. Allerdings ist nicht immer gesagt, ob eine derartige Gewichtung bereits ein „Werturteil“ im strengen Sinne des Wortes ist, d. h. ob hier bereits von einem Appelcharakter gesprochen werden kann. Es könnte sich dabei genauso gut um eine bloße „Meinung“ des Wissenschaftlers handeln, die nicht auf irgendwelchen weltanschaulichen Grundsätzen zu beruhen braucht, sondern durchaus sachlich gerechtfertigt sein kann. Festgehalten zu werden verdient aber die Bemerkung Sohms, daß jedes Plädoyer für eine bestimmte wirtschaftspolitische Zielsetzung, ein Eintreten z. B. für die Beseitigung, Erhöhung oder auch nur Beibehaltung von Zöllen, notwendig von ganz bestimmten wohlfahrtsökonomischen Vorstellungen und damit Werturteilen ausgehen muß.²²⁾ Der Verfasser betont weiter, daß auch die Beibehaltung des jeweiligen Status quo sowie die Ablehnung einer wirtschaftspolitischen Forderung ganz bestimmte wohlfahrtsökonomische Kriterien verlangt. Diesen Tatbestand erachtet er aber nicht als ausreichend, der Wohlfahrtsökonomik einen „halt- und hemmungslosen Nihilismus“ zu unterstellen, „in dem alles und nichts gleich richtig oder gleich wichtig wäre“. Nicht alle für wirtschaftspolitische Streitfragen relevanten Werturteile seien wirklich „gleichberechtigt“, vielmehr könnten sie eine „unterschiedliche Plausibilität“ für sich in Anspruch nehmen, die im wesentlichen auf

20) Siehe hierzu E. von Beckerath und H. Giersch (Hrsg.) Probleme der normativen Ökonomik und wirtschaftspolitischen Beratung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF, Bd. 29, Berlin 1963, S. 521.

21) Vgl. Ebenda, S. 519f.

22) Vgl. Ebenda, S. 69ff.

Traditionen und Denkgewohnheiten beruhe, die allerdings „in verschiedenen Kulturkreisen und sozialen Schichten durchaus voneinander abweichen können“.²³⁾ Es kann somit nicht gänzlich irrelevant sein, wenn ein Wissenschaftler ein Bekenntnis zu wirtschaftspolitischen Zielen ablegt, „das auf Grund der in der europäischen Kultur impliziten und evidenten Maximen...kulturphilosophisch motiviert werden müsse“.²⁴⁾

- 22) Ähnliche Vorstellungen entwickelt R. Jochimsen, der zwar auch eine ontologische oder kulturphilosophische Begründung von Normen im Sinne verbindlicher Allgemeingültigkeit nicht für möglich hält, diese Frage aber durch axiomatische Zielsetzung lösen will: auf Grund wissenschaftlicher Arbeit könnten gewisse relevante Normen erarbeitet werden, welche als Axiome in die Wirtschaftspolitik eingeführt werden könnten; diese Axiome selber hätten aber nur hypothetischen Charakter und könnten damit einem wissenschaftlichen Korrektiv offengehalten werden.²⁵⁾

Wissenschaftliche Beratung als wertfreie Technologie

- 23) Während T.W. Hutchison nachweist, daß die Leistungsfähigkeit der wertfreien Wissenschaft viel geringer als erwünscht ist, spricht H. Albert im Gegensatz dazu von einer Unterschätzung der Leistungsfähigkeit der positiven, wertfreien Theorie. Dieser Widerspruch erklärt sich z. T. daraus, daß H. Albert eine etwas differenziertere Auffassung des Begriffs „Werturteil“ vertritt. Wenn wir heute zwar auch noch gewisse Dinge nicht wüßten, so könnten wir aber immerhin Vermutungen anstellen, also gewissen Hypothesen den Vorzug geben, weil sie uns wichtiger erschienen als andere; dieses Vorgehen beruhe nur auf einer subjektiven „Vermutung“. Eine subjektive Vermutung über die Richtigkeit von Hypothesen stelle aber kein Werturteil über die Vorzugswürdigkeit eines Zustandes dar.²⁶⁾
- 24) Unabhängig davon, ob man nun eine engere oder weitere Definition des Begriffs Werturteil vertritt, so bleibt doch die Frage, ob es sinnvoll ist, sich von einer „positiven“ wissenschaftlichen Beratung allzuviel zu versprechen, wenn sich die Aussagen nicht auf hinreichend getestete Hypothesen, sondern nur auf subjektive Vermutungen gründen. Der Wissenschaftler wird dadurch eben gezwungen, Antworten auf Fragen zu geben, die er nicht wissenschaftlich beantworten kann, und dadurch werden Wertungen mit Aussagen über faktische Zusammenhänge vermengt. Bleibt

23) Edenda, S. 71.

24) Edenda, S. 520.

25) Vgl. Edenda, S. 129f. und S. 520.

26) H. Albert, Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in: E. von Beckerath und H. Giersh (Hrsg.) a.a. O., S. 32ff.

man sich dieser Zusammenhänge bewußt, so wird man vielleicht eher davor bewahrt werden, die Möglichkeiten wissenschaftlicher Beratung der Politik zu hoch einzuschätzen. Das führt allerdings zu einer Begrenzung des Beratungsfeldes und zu größerer Zurückhaltung bei der Beantwortung praktischer Fragen, falls der Wissenschaftler nicht explizite auf irgendeinen spezifizierten Werthorizont Bezug nimmt.

- 25) H. Albert bestreitet, daß überhaupt eine auch nur teilweise Normativierung der Sozialwissenschaften aus Gründen ihrer praktischen Anwendung notwendig sei. Eine sachliche Notwendigkeit für die Normativierung der Sozialwissenschaften dürfe sich kaum zeigen lassen, da gerade das, was für die Anwendung, d. h. für die Fundierung der tatsächlichen Wirtschaftspolitik notwendig sei, sich in der Form wertfreier technologischer Systeme formulieren lasse.²⁷⁾ Die strikte Einhaltung des Wertfreiheitsprinzips ist für Albert kein Hindernis für die Entwicklung einer praktisch verwendbaren Sozialwissenschaft, deren einzige Aufgabe darin bestehe, der Politik Einsicht in die tatsächlichen Zusammenhänge zu geben und die Möglichkeiten einer praktischen Beeinflussung aufzuzeigen. „Auch in den Sozialwissenschaften bildet daher die Erforschung der Gesetzmäßigkeiten, die den Erscheinungen zugrunde liegen, die Grundlage für eine erfolgreiche Praxis“.²⁸⁾ Er glaubt, alle Probleme praktisch-politischer Entscheidung und Wertung in die Basis der Wissenschaft verschieben zu können. Die Anwendbarkeit wissenschaftlicher Theorien auf die Praxis wird durch technologische Transformation der Theorien in ein technologisches System erreicht, ohne daß dabei zusätzliche Wertprämissen nötig wären; das Relevanzproblem wird dadurch zu lösen (bzw. zu umgehen) versucht, daß der Transformation hypothetisch bestimmte Desiderata zugrunde gelegt werden, welche aber wiederum keine „Wertprämissen“ darstellen sollen, sondern lediglich logische Einschränkungen. Wertgesichtspunkte, die bei der praktischen Entscheidung politischer Fragen eine Rolle spielen, verweist H. Albert also in die Basis; für den Wissenschaftler erscheinen sie lediglich als von außen vorgegebene bzw. hypothetisch zugrundegelegte Selektionskriterien. Damit werden Wertgesichtspunkte zwar bei der Formulierung einer Fragestellung berücksichtigt, die Fragestellung selbst ist aber einer wertfreien Behandlung zugänglich.²⁹⁾ Hier ist anzumerken, daß H. Albert diese Behandlung der Wertgesichtspunkte als Relevanzproblem selber ausdrücklich als „methodologischen

27) Ebenda, Siehe Zusammenfassung.

28) Ebenda, S. 48.

29) Ebenda, S. 520.

Trick“ bezeichnet,³⁰⁾ der allerdings sachlich gerechtfertigt sei, weil dadurch eine werturteilsfreie Diskussion möglich werde. Der Trick besteht darin, daß Werturteile selbst zwar aus der wissenschaftlichen Diskussion herausgehalten und in die Basis verschoben werden; sie werden aber als mögliche Relevanzkriterien zur Ableitung von praktisch anwendbaren Technologien verwandt, ohne dabei jedoch in dies Technologien einzugehen. Der Trick besteht auch darin, daß Technologien nicht ohne Bezug auf irgendein Desiderat aufstellbar sind, das Desiderat wird aber aus der Basis entnommen und seines „Wertgehalts“ entledigt (neutralisiert). Reine Theorien dagegen sind von irgendwelchen Desiderata unabhängig. Eine bestimmte Technologie ist also nicht mit einem Apparat vergleichbar, der für eine beliebige Anzahl von Zielen verwandt werden kann, er ist vielmehr nur im Hinblick auf ein ganz bestimmtes (wenn auch hypothetisches) Ziel konstruiert und anwendbar.

- 26) Ob die Ziele, die zur Ableitung einer Technologie aus einer Theorie sozusagen ‚Pate gestanden‘ haben, „in bestimmten Situationen angestrebt werden sollen und ob dabei bestimmte Mittel auszuschließen sind, braucht (im vorhinein) keineswegs festzustehen. Diese Fragen brauchen jedenfalls nicht gelöst zu sein, wenn man die betreffende Transformation vornimmt“.³¹⁾ Dennoch schützt der „methodologische Trick“ den Wissenschaftler nicht davor, irgendwann entscheiden zu müssen, ob die betreffenden Ziele für die die Technologien konstruiert worden sind, tatsächlich angestrebt werden sollen; jedenfalls dann, wenn der Politiker vom Wissenschaftler nicht nur einen technischen Rat verlangt, sondern einen grundsätzlichen: welches Ziel nun angestrebt werden soll, Vollbeschäftigung, Preisstabilität oder Zahlungsbilanzgleichgewicht. Natürlich sieht Albert diese Schwierigkeit auch selbst, denn er betont ausdrücklich, daß das eigentliche Problem nicht in der Technologie, sondern in der konkreten Beratungssituation und bei der Anwendung der Technologie auftauche; er verlangt daher eine scharfe Trennung zwischen Technologie und Anwendung. Halte man diese Trennung nicht aufrecht, dann sei das Wertproblem nicht mehr nur in der Basis abzuhandeln.³²⁾ H. Albert lehnt somit wegen der logischen Möglichkeit, das Wertproblem aus der wissenschaftlichen Arbeit auszuklammern und zu neutralisieren, jeden Versuch ab, den Weber'schen Standpunkt der Wertfreiheit in der Wissen-

30) Vgl. E. von Beckerath. und H. Giersch (Hrsg.) a.a. O., S. 522.

31) H. Albert, Wissenschaft und politik, in: Probleme der Wissenschaftstheorie, Festschrift für V. Kraft, Wien 1960, S. 213.

32) Vgl. H. Albert, Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in: E von Beckerath und H. Giersch (Hrsg.), a.a. O., S. 521ff.

schaftslehre etwa dadurch zu überwinden, daß gewisse Grundrechte und Grundpflichten des Wissenschaftlers, an der Ausarbeitung einer allgemeinen Wohlstandsökonomik mitzuwirken, anerkannt werden müßten; es sei überhaupt nicht zu hoffen, daß die Notwendigkeit eines bestimmten Wissenschaftsideals nachgewiesen werden könne.³³⁾

- 27) Wenn H. Albert die angedeutete scharfe Trennung zwischen Technologie und Anwendung aufrecht halten will, dann muß die praktische Konsequenz in Bezug auf wissenschaftliche Beratung der Politik lauten: unter diesen Umständen kann ein Wissenschaftler nur rein informative Theorien und Technologien bieten, die allerdings (wie Albert glaubt) sehr erfolgreich praktisch verwendbar sein können. Es kann aber lediglich die technische Frage des Politikers: wie erreiche ich dieses bestimmte Ziel am besten? beantwortet werden. H. Albert schätzt die praktischen Wirkungsmöglichkeiten reiner technologischer Information sehr hoch ein, „wenn sie sich nicht unmittelbar in den Dienst der Praxis (stellt), sondern diese Praxis aus einer gewissen Distanz kritisch“ verfolgt und kommentiert.³⁴⁾ Eine solche Beschränkung auf reine Information genügt aber nicht jedem Wissenschaftler, der ja „nebenbei“ auch noch Mensch und Staatsbürger ist; nicht jeder begnügt sich damit, nur zu beobachten und zu kommentieren, es gibt darüber hinaus auch Situationen, in denen es den Wissenschaftler zumindest zu einer Warnung drängt, so daß er seine neutrale Distanz aufgeben muß. Unter diesem Aspekt erscheint es auch etwas fragwürdig, die grundsätzliche Möglichkeit einer wertfreien wissenschaftlichen Wirkungsmöglichkeit zu postulieren, dieses Postulat aber für den Fall unmittelbarer praktischer Anwendung wieder einzuschränken, weil dabei moralisch-politische Entscheidungen erforderlich werden. Die logische Konsequenz des Wertfreiheitspostulats würde also bedeuten, dem Wissenschaftler jegliche Stellungnahme zu verbieten; er könnte nur noch Möglichkeitsanalysen liefern, aber keine praktische Frage³⁵⁾ beantworten, er müßte sie offen lassen.
- 28) Selbstverständlich sollte die grundsätzliche Trennung zwischen Wissenschaft und Politik aufrechterhalten bleiben, d. h. die letztliche Entscheidung sollte der Politiker treffen. Aber es fragt sich, ob dem Politiker damit geholfen ist, wenn er nur Ratschläge ohne praktische Stellungnahmen erhält. Es ist weiterhin fraglich, ob vom Politiker jeweils so viel Sachverstand erwartet werden kann, daß er dem Wissenschaftler stets die nöt-

33) Vgl. H. Albert, Wissenschaft und politik, a.a. O., S. 219.

34) H. Albert, Wertfreiheit und methodisches Prinzip, a.a. O., S. 60.

35) Wie z.B.: was soll in diesem bestimmten Fall getan Werden?

wendigen Vorentscheidungen der Fragestellung mitliefert. Wenn aber eine praktische Verwendung der Technologie wirklich moralische Stellungnahmen erfordert, wie H. Albert zugibt, dann ist es grundsätzlich unerheblich, ob sie in der Basis oder an anderer Stelle auftreten: in dem Moment, in dem der Wissenschaftler als Berater sie trifft, kann er das moralische Problem nicht mehr umgehen; trifft der Wissenschaftler aber keinerlei Stellungnahme, so kann er nicht mehr beraten. Es ist wohl nicht so bedeutsam, ob der Wissenschaftler praktische Systeme aufbaut, an denen er seine Beratung orientiert, oder ob er kasuistisch vorgeht. Auf jeden Fall aber sind normative Systeme in dem Sinne, daß Normen in den Ableitungs- und Aussagenzusammenhang eingehen, problematisch; wie zu zeigen versucht wurde, sind sie auch nicht notwendig. Doch wenn man Alberts Forderung, kasuistische (piecemeal) Politik nicht mit punktuellen, unkoordinierten Interventionen zu verwechseln,³⁶⁾ erfüllen will, dann muß man zumindest gewisse Annahmen über einen möglichen Wertrahmen oder Werthorizont zugrundelegen, da andernfalls das Relevanzproblem nicht gelöst werden kann und der Ratschlag völlig unverbindlich und beziehungslos, also zufällig bleibt.

Literaturverzeichnis

- Albert, Hans: Das Wertproblem in den Sozialwissenschaften, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 94. Jahrgang, 1958, S. 335ff.
- : Wissenschaft und Politik, in: Probleme der Wissenschaftstheorie, Festschrift für Viktor Kraft, Wien 1960, S. 201ff.
- : Zur Frage der wissenschaftlichen Fundierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, XXI (1961/62), S. 426ff.
- : Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in: E.v.Beckerath/H.Giersch (Hrsg.) (s. dort), S. 32ff.
- Beckerath, Erwin von: Wissenschaft und Wirtschaftspolitik, Sonderdruck aus: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt/M., 1957.
- und Giersch, Herbert (Hrsg.): Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF, Bd. 29, Berlin 1963.
- Friedman, Milton: The Methodology of positive Economics, in: ders. Essays in Positive Economics, Chicago and London 1966, S. 3ff.

36) Siehe hierzu H. Albert, Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in: E. von Beckerath und H. Giersch (Hrsg.) a.a.O., Anm. 35.

- Lompe, Klaus: Wissenschaftliche Beratung der Politik. Ein Beitrag zur Theorie anwendender Sozialwissenschaften, Göttingen 1966.
- Mills, C. Wright: Politik ohne Verantwortung, München 1963.
- Myrdal, Gunnar: Das Wertproblem in der Sozialwissenschaft, deutsche Ausgabe, Hannover 1965.
- : Objectivity in Social Research, New York 1969.
- Popper, Karl R.: The Logic of Scientific Discovery, New York 1968.
- : Das Elend des Historizismus, Z. Auflage, Tübingen 1969.
- Schelsky, Helmut: Der Mensch in der wissensch. Zivilisation, in: H. Schelsky: Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Düsseldorf/Köln 1965, S. 439ff.
- : Demokratie und moderne Technik, in: Atomzeitalter, 1961, S. 99ff.
- Thiemeyer, Theo: Die Überwindung des wohlfahrtsökonomischen Formalismus bei G. Weisser, in: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung, Festschrift G. Weisser, Berlin 1963, S. 131ff.
- Weisser, Gerhard: Politik als System aus normativen Urteilen, Göttingen 1951.
- : Zur Verknüpfung von Normen und von Aussagen der positiven Ökonomik (siehe Beckerath/Giersch).